

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 219 / 2014

Kiel, Donnerstag, 15. Mai 2014

Innen und Recht / Datenschutz

Dr. Ekkehard Klug: Wir brauchen eine europäische Datenschutzinfrastruktur

In seiner Rede zu TOP 28 (Entschießung gegen Massenüberwachung umsetzen) erklärt der Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion,
Dr. Ekkehard Klug:

„Das Europäische Parlament hat am 12. März dieses Jahres ein bemerkenswertes Votum abgegeben. Das an diesem Tag mit klarer Mehrheit beschlossene Datenschutzpaket wurde – gerade im Hinblick auf die vorangegangene monatelange Diskussion über die Ausspähpaktiken der Vereinigten Staaten oder Großbritanniens – zum Teil auch als deutlicher Fingerzeig in Richtung Washington und London verstanden. Andere, wie etwa der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, hoben eher die

„Verbindung der wirtschaftlichen Chancen der digitalen Revolution mit dem Grundrecht von allen Bürgern“

hervor. Grundsätzlich können wir sagen, dass wir – die Bundesrepublik sowie die anderen Mitgliedsstaaten – mit dieser Entscheidung einen guten Rahmen dafür haben, wie wir den Datenschutz bei uns künftig gestalten. Wir hoffen sehr, dass die deutsche Bundesregierung ihre Blockade- und Verzögerungstaktik in dieser Frage aufgibt.

Die NSA-Affäre hat gerade in der Bundesrepublik – zu Recht – heftige Diskussionen darüber ausgelöst, wie weit der Eingriff staatlichen Interesses in den geschützten Grundrechtsbereich des Einzelnen tatsächlich *geht, gehen darf* und *gehen sollte*. Seit den Snowden-Enthüllungen sollen mittlerweile 20 Prozent der Deutschen bereit sein, für einen besseren Schutz der eigenen Daten zu zahlen.

Wir müssen uns aber auch klar machen: Das bloße Sammeln von Daten ist zunächst weder gut noch schlecht. Es kann ja durchaus an-

genehm und hilfreich sein, wenn uns zum Beispiel bei Amazon Bücher oder CDs angeboten werden, die uns auch interessieren könnten. Das macht im Übrigen ein guter Mitarbeiter in einem Buchladen auch – er speichert es allerdings in seinem Kopf – und ist zugleich, im besten Falle, diskret. Und es ist natürlich auch nützlich und spart Zeit, wenn wir durch Google Maps einen Stau umgehen können, um mit dem Auto schneller ans Ziel zu kommen.

Ich sage es aber ganz deutlich: Dieser Komfort ist oftmals teuer erkaufte, weil ebendiese Daten genutzt werden können, um Persönlichkeitsprofile zu erstellen. Das aber können wir nicht wollen, und das wollen wir auch nicht.

Und natürlich ist es ein erheblicher Eingriff in die Persönlichkeitsrechte eines jeden Einzelnen, wenn von staatlichen Stellen *anlasslos* Daten gesammelt werden – nur für den Fall, derjenige könnte *irgendwann vielleicht* Verdächtiger in einem Strafverfahren werden. Denn damit wird die Unschuldvermutung faktisch umgekehrt.

Jeder kennt dieses Unbedenklichkeitsargument: ‚Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten.‘

Hierzu schrieb der Politikwissenschaftler Stefan Weidemann Ende April in der Zeitschrift ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘, dass

‚das ‚Unbedenklichkeitsargument‘ ein äußerst problematisches Staatsverständnis [offenbart]. Demnach könnten sich die Bürger bedenkenlos als Untertanen einem wohlwollenden, allwissenden Staat unterwerfen. Wäre dieses Staatsverständnis realistisch, so bräuhete das Individuum keine Schutzmaßnahmen gegen den Staat.‘

Ich sage es ganz deutlich: Ein solches Staatsverständnis ist gefährlich. Und jeder, der dieses Staatsverständnis rechtfertigt, verteidigt nicht den mündigen Bürger und verteidigt sicherlich auch nicht den Rechtsstaat. Dagegen müssen wir uns wehren.

Ich komme zum Antrag der Piratenfraktion. Der vorliegende Antrag ist für meine Fraktion nicht zustimmungsfähig. Vielmehr ist es notwendig, dass sich die europäischen Staaten zusammenschließen und im Verbund geeignete Gegenmaßnahmen entwickeln, um den Ausspähpraktiken anderer Staaten wirkungsvoll zu begegnen. Das Beispiel Airbus zeigt doch, dass ein europäisches Gemeinschaftsprojekt funktionieren kann.“